

Positionspapier BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur Zukunft des beitragsfreien KITA-Jahres

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelten zurecht als die „Erfinder“ des beitragsfreien Kita-Jahres für Weimar in seiner derzeitigen Ausprägung. Es ist seinerzeit im Jahre 2008 beschlossen worden aus drei Gründen:

- Es gab eine Finanzierungslücke zwischen der Bundes- und der Landesförderung („Erziehungsurlaub“). Diese unbillige Härte wollten wir schließen.
- Wir wollten mehr Kinder unter drei Jahren in die Kitas bringen.
- Wir wollten Familien fördern.

Nach einigen Diskussionen einigte sich eine Mehrheit im Stadtrat auf die Variante des Weimarer Modells, zur Auswahl stand auch noch das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung.

Das Weimarer Modell des beitragsfreien Kita-Jahres fand seinen Eingang in die Programme einiger Parteien für die Landtagswahl 2014, es stand ausdrücklich Pate für das Landtagswahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen und floss darüber in den Koalitionsvertrag auf Landesebene ein. Es soll landesweit realisiert werden, ein genauer Termin steht derzeit noch nicht fest, 2016 oder 2017 sind avisiert.

Zum Weimarer Modell muss nun festgestellt werden:

- Die Finanzierungslücke ist durch die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen in Bund und Land entfallen.
- Es gibt in Thüringen seit 2010 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in Kindertageseinrichtungen ab der Vollendung des ersten Lebensjahres.

- Weil die ersten beiden grundlegenden Ziele zum großen Teil erfüllt sind, ist das beitragsfreie Kita-Jahr seit 2010 vor allem zu einer familienfördernden Maßnahme ohne spezifische Lenkungswirkung geworden.

Spätestens seit 2012 gibt es Ideen und Bestrebungen, das beitragsfreie Kita-Jahr weiterzuentwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dabei zweierlei erreichen:

- Die pauschale Förderung aller Familien für nur ein Jahr beenden zugunsten einer weiteren Entlastung der Familien mit geringeren Einkommen für alle Kindergartenjahre.
- Beendigung der Ungerechtigkeit durch fehlende Förderung für alle jene Familien, die für ihr Kind, welches noch vor Vollendung des zweiten Lebensjahres stand, keinen Betreuungsplatz erhalten konnten oder ihr Kind nicht vorher in eine Betreuungseinrichtung (einschließlich Tagesmütter) geben wollten.

Diese Absicht findet sich auch in unserem Programm zur Kommunalwahl 2014.

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für ein umfassendes Bildungskonzept, darin schließen wir frühkindliche Bildung explizit ein. Auch die neu gebildete Koalition aus CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und weimarwerk bürgerbündnis e.V. hat sich in ihrem Koalitionsvertrag entsprechend positioniert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich grundsätzlich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass auch frühkindliche Bildung prinzipiell gebührenfrei sein soll, demzufolge sind wir für eine für die Eltern kostenfreie Betreuung der Kinder in den Kitas. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings die Beteiligung von Land und Bund an den Kosten.

Die Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahres in Weimar ab April 2015 ist nun ein Vorschlag, den die Stadtverwaltung unter Leitung des Oberbürgermeisters mit der ersten Änderung zum Entwurf des Haushaltes 2015 Ende des Jahres 2014 vorgelegt hat. Dies geschieht wohl wesentlich unter dem Druck einer sehr schwierigen Haushaltslage, die sich über die letzten Jahre aufgeschaukelt hat.

Die schwierige Haushaltslage ist auch einer der wesentlichen Gründe, weshalb sich im Stadtrat eine neue Koalition gebildet hat.

Das beitragsfreie Kita-Jahr zu streichen, ist somit keine Folge der Koalitionsbildung der drei Stadtratsfraktionen, sondern vielmehr ein erneuter Ausdruck ihrer Notwendigkeit, und ansonsten ein Vorschlag der Stadtverwaltung.

Wie oben dargelegt, sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Streichung des beitragsfreien KITA-Jahres aber nicht eine Gefährdung der frühkindlichen Bildung und der finanziellen Belange von Familien, sondern eine Chance. Wir werden kurzfristig eine Neuordnung der Weimarer Gebührensatzung für Kindertagesstätten auf den Weg bringen. Zielsetzungen dabei werden sein:

- Die Kosten für die Kita-Plätze sollen wie bisher nach Einkommensgruppen gestaffelt werden.
- Familien mit geringem Einkommen sollen weiter entlastet werden. Wir wollen diese Familien nach Möglichkeit komplett von den Gebühren befreien, evtl. auch durch städtische Finanzierung. Wir wollen die Gebührenberechnung erst bei deutlich höheren Einkommen, als bisher geregelt, greifen lassen und orientieren uns dabei am steuerlichen Grundfreibetrag.

Wir sehen trotz der angespannten Haushaltslage dafür auch Umsetzungsmöglichkeiten.

Eltern, die bislang das beitragsfreie Kindergartenjahr genutzt haben, mussten für die verbleibenden Kindergartenjahre bis zum Schuleintritt die Kosten tragen, unabhängig von der familiären Einkommenssituation. Trotzdem haben die meisten Familien der circa 463 „U2“-Kinder offensichtlich die Betreuung und Förderung in den Einrichtungen weiter in Anspruch genommen.

Die Möglichkeiten für junge Eltern, bereits nach dem ersten Lebensjahr des/der Kindes/er wieder in die Berufstätigkeit zurückzukehren, hat verschiedene positive Effekte, dazu gehört neben den Chancen der frühkindlichen Bildung auch die Verbesserung der Einkommenssituation von Familien durch Einkommensgenerierung.

Mit einer Neuordnung der Gebührensatzung könnten die Kosten im Sinne sozialer Gerechtigkeit umverteilt werden. Die vom Stadtelternrat aufgezeigten Folgen der Streichung des beitragsfreien Kita-Jahres sind somit nicht zu befürchten.

Allerdings sind wir uns bewusst, dass es eine „Förderungslücke“ für manche Familien geben kann. Diese Lücke kann durch das Ende der Förderung der Stadt und einen späteren Start der Förderung durch das Land Thüringen entstehen. Sollte es dazu kommen, werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Übergangsregelung einsetzen, um eine „Fördergerechtigkeit“ herzustellen.

Möglicherweise kommt es aber auch zu einer Doppelförderung von manchen Familien. Diese würde eintreten bei jenen, die in den Genuss der Weimarer Förderung kamen und – je nach Ausgestaltung der Landesförderung – z.B. bei Förderung des letzten Kindergartenjahres, wie unlängst vom Fraktionsvorsitzenden einer im Lande regierungstragenden Fraktion gefordert, noch einmal Beitragsfreiheit genießen könnten.

Hier gilt es, die Regelung auf Landesebene abzuwarten und danach entsprechend zu handeln.

Rebekka Höfer & Andreas Leps
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Weimarer Stadtrat